

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 26.01.2018

Betreff: Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Freie Wähler vom 09.01.2018, Nr. 631

Referent: Dipl.-Betriebswirt (FH) Rupert Aigner

Von den 45 Mitgliedern waren 39/38 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit gegen Stimmen beschlossen: (siehe Einzelabstimmung)

Antrag von Herrn Stadtrat Maximilian Götzer auf Ende der Rednerliste.

Abstimmung: 25:14

Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.

Die Stadt Landshut spricht sich für eine Abschaffung der gesetzlichen Regelung betreffend die Straßenausbaubeitragssatzung und der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gemäß Art. 5 Bayerisches Kommunalabgabengesetz aus, wenn die bisher von Anliegern getragenen Kosten für die Sanierung und Erhalt kommunaler Straßen künftig durch eine Erhöhung finanzieller Zuwendungen des Freistaats an die Kommunen vollumfänglich ausgeglichen werden.

Eine Kann-Regelung im Rahmen der Gesetzesänderung lehnen wir ab, eine klare Übergangsregelung ist in die Gesetzesänderung aufzunehmen.

Abstimmung: 38:0

Landshut, den 26.01.2018
STADT LANDSHUT

Alexander Putz
Oberbürgermeister